

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2005
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 15.06.2005
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Kultopia
Geplante Hip-Hop-Veranstaltung vom 10.06.2005
- Mündlicher Bericht
3. Anliegen der Jugendräte
4. Stellenplan 2005 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0484/2005
5. Ausgaben für Hilfen zur Erziehung 2005
- Mündlicher Bericht
6. Antrag der CDU-Fraktion
- Einrichtung eines Modellkindergartens
7. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Hier: Anpassung an die demographische Entwicklung (55-M12)
Vorlage: 0439/2005
8. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55 - M 07)
Vorlage: 0342/2005



9. Offene Ganztagschule
1. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen
Vorlage: 0500/2005
10. Geschäftsbericht 2004 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0473/2005
11. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2004
12. Verlagerung des Spielplatzes Stennertstraße/Bahnstraße
Vorlage: 0523/2005
13. Kinderspielplatz Buschhofstr.
Vorlage: 0375/2005
14. Jugendhilfeplanung
Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld 'Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen'
Vorlage: 0465/2005
15. Umsetzung Bildungsvereinbarung - Mündlicher Bericht -
16. Konzept der Jugendhilfe Selbecke gGmbH
(BSH) - Mündlicher Bericht -
17. Gesundheitsbericht der Hagener Gesundheitskonferenz 2003/2004:
Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher in Hagen
Vorlage: 0456/2005
18. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Mitteilungen

Herr Strüwer stellt die zukünftigen Jugendratsmitglieder Christiane Lebuser und Frederik Traut vor, da Jasmin Schaldach und Prasanna Rameswaran wegen der Abiturfeier nicht an der Jugendhilfeausschusssitzung teilnehmen können und auch zukünftig für diese Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung stehen.

Weiterhin teilt er mit, dass in Vertretung für Herrn Wolfgang Jörg in der heutigen Sitzung Frau Marina Hirsch anwesend ist. Er bittet die Ausschussmitglieder für den Fall, dass sie die Sitzung vorzeitig verlassen müssen, dies bei der Schriftführerin anzuzeigen.

Herr Steuber weist auf die ausgelegte Einladung zu einer Fachtagung der GEW hin, die am 17.06.2005 stattfindet und erklärt, dass die Möglichkeit der Teilnahme noch gegeben ist.

Herr Goldbach erklärt, dass am heutigen Tage das Ferienmausprogramm als Beilage im Wochenkurier erschienen sei. Eine Auflistung der Veranstaltungen sei auch im Internet zu finden.

Herr Schurgacz informiert die Ausschussmitglieder, dass das Schutzengelkinderheim zum 30.09. des Jahres seinen Betrieb einstellt.

Herr Strüwer bedauert dies. Anschließend weist er auf erfreuliche Ereignisse hin wie z. B. die Feier des Kinderschutzbundes anlässlich des Abrisses des alten Gebäudes und der Grundsteinlegung des neu zu errichtenden Kinderhauses.

Weiterhin gratuliert er dem CVJM herzlich zum 150jährigen Bestehen. Hinzuweisen sei auch auf das Jugendforum Halden, welches mit der Grundsteinlegung einer Jugendbegegnungsstätte einen bedeutsamen und mutigen Weg beschreite.

Frau Burghardt lädt die Anwesenden herzlich zum Kinderfest des Kinderschutzbundes am 01. Juli ein. Für das leibliche Wohl der Erwachsenen und Spielmöglichkeiten für die Kinder sei gesorgt.

Herr Dr. Schmidt nimmt Bezug auf die Mitteilung von Herrn Schurgacz und weist darauf hin, dass sich die Verwaltung in dauerhaften Gesprächen bezüglich der Zukunft der Hagener Kinderheime befinde und sich diese bedauerliche Entwicklung bezüglich des Schutzengelkinderheims in den vergangenen Monaten abgezeichnet habe.



2. Kultopia Geplante Hip-Hop-Veranstaltung vom 10.06.2005 - Mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer weist in diesem Zusammenhang zunächst darauf hin, dass er die Entscheidung des Oberbürgermeisters in dieser Angelegenheit hundertprozentig stützt. Er ist der Meinung, dass es undenkbar sei, dass in einer öffentlich geförderten Einrichtung eine Gruppe auftrete, die auf dem Index steht. Die Texte dieser Gruppe seien jugendgefährdend und unzumutbar. Außerdem verurteilt er deutlich, dass in Internet-Foren der Oberbürgermeister mit voller Adressen-Angabe bedroht und zur Gewalt gegen ihn aufgerufen wird.

Herr Steuber beschreibt zunächst den chronologischen Ablauf der Ereignisse vom Vertragsabschluss hin bis zum Auftritts-Verbot der umstrittenen HipHopper durch den Oberbürgermeister.

Letztendlich kündigte die Stadt den Vertrag mit der Veranstalterin kurzfristig aufgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Der Inhalt dieser sexistischen und gewalttätigen Texte ist geeignet, Kinder und Jugendliche sozial-ethisch zu desorientieren und damit sei das Tatbestandsmerkmal „Gefährdung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihrer Erziehung zu einer eigenverantwortlichen gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ erfüllt. Die CD der Gruppe King Orgasmus steht auf dem Index.

Zukünftig werde im Zeitpunkt der Bewerbung durch einen Check mit der Bundesprüfstelle und der Liste der indizierten Medien sichergestellt, dass sich ein solcher Vorgang nicht wiederholen könne.

Es sei wichtig, dass sich der Jugendhilfeausschuss oder der Beirat des Kultopia mit dem Thema „HipHop, Jugendkultur und Subkultur“ intensiver beschäftigt. Denkbar sei die Gründung eines Forums, in dem der Ausschuss von jungen Experten wie z.B. den Jugendratsmitgliedern beraten würde, was in der HipHop-Szene so abgeht und warum sich junge Menschen so verhalten und einen solchen Kunststil prägen.

Herr Finkensiep liest zu diesem Tagesordnungspunkt eine Erklärung des Jugendrings vor, in der der Jugendring begrüßt, dass King Orgasmus und MC Bastard nicht im Kultopia aufgetreten sind.

– Die Erklärung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt –

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen von Herrn Steuber dahingehend, dass zukünftig schon bei Vertragsgestaltung der Passus mit aufgenommen wird, dass eine Jugendgefährdung auszuschließen sei.

Herr Schledorn greift den Vorschlag von Herrn Steuber auf und hält es für eine wichtige Sache, eine Veranstaltung durchzuführen, in der bestimmte Jugend-



szenen näher beleuchtet werden.

Herr Strüwer weist abschließend darauf hin, dass der Beirat des Kultopia am Montag tagen wird und auf der Tagesordnung auch dieser Punkt steht. Es sei klarzustellen, dass eine derartige Veranstaltung in einer öffentlich-geförderten Einrichtung nicht stattfinden dürfe. Dies sei in jedem Fall sicherzustellen.

3. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Traut informiert den Ausschuss darüber, dass am 23. Juni eine Landtagsfahrt aller Jugendräte stattfinden wird.

Weiterhin wird am 27. Juni in Hagen-Nord im Stadtteilhaus Vorhalle eine Planungswerkstatt für den Flächennutzungsplan durchgeführt werden.

Frau Lebuser möchte dem Ausschuss ein Anliegen des Jugendrates Hagen-Mitte näher bringen. Es geht dabei um die Bereitstellung von 50.000 € für eine Skateranlage auf Emst. Der Jugendrat Mitte bittet den Jugendhilfeausschuss, den Antrag zu unterstützen, die finanziellen Mittel in das Investitionsprogramm 2007 aufzunehmen.

Dies solle in der morgigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mitberaten werden. Dieses Anliegen sei bereits von der Bezirksvertretung Mitte und dem Sportausschuss beschlossen worden.

Desweiteren wurden am 20. Mai die Partyflöße eingeweiht. Ein Betreiberkonzept liegt noch nicht vor. Die Flöße sollen daher für ein Jahr der Stadt Hagen überschrieben werden, die dann auch für die Wartung zuständig wäre. Nach diesem Jahr sollen sie wieder in das Eigentum der Jugendlichen übergehen, die ein Konzept entwickeln wollen, um den Floßbetrieb in eigener Verantwortung zu betreiben.

Auf Anfrage von Herrn Strüwer wird festgestellt, dass der Betrag in Höhe von 50.000,- € bereits in der Veränderungsliste mitaufgenommen wurde.

Herr Strüwer macht deutlich, dass es in der Eigenverantwortung jeder Bezirksvertretung selbst liegt, die eigene Prioritätenliste für die Kinderspielflächen hinsichtlich der Prioritäten zu verschieben oder ein neues Projekt mitaufzunehmen. Hierbei sei jedoch auf eine adäquate Mittelverteilung zu achten.

Herr Dr. Schmidt erinnert sich, dass der Betrag in der Veränderungsliste ist, aber als zusätzliche Ausgabe ohne gleichzeitigen Einsparungsvorschlag. Es sei davon auszugehen, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Angelegenheit daher an den zuständigen Ausschuss zurückdelegieren wird.

Herr Dücker hebt hervor, dass zunächst zu klären ist, ob die Bezirksvertretung



Mitte dieses Projekt aus eigenen Mitteln finanzieren will.

Herr Strüwer bittet die Verwaltung abschließend, den Sachverhalt zu recherchieren und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu berichten.

Herr Goldbach merkt bezüglich des Floßprojektes an, dass die Finanzierung in den Kontrakt miteinfließen könne.

4. Stellenplan 2005 für den Fachbereich Jugend und Soziales Vorlage: 0484/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____



5. Ausgaben für Hilfen zur Erziehung 2005 - Mündlicher Bericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird den Anwesenden eine Tischvorlage zur Verfügung gestellt, die dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt ist.

Herr Kothe erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer ist erstaunt über eine derartige Steigerung der Kosten in diesem Bereich. Dies sei eine brisante Entwicklung. Er möchte wissen, ob es plötzlich eine soziale Brisanz ungeahnten Ausmaßes gibt. Gebe es in diesem Bereich auch ein Kostencontrolling oder werde nur darauf geschaut, welches paßgenaue Angebot es für ein Erziehungsproblem gebe.

Herr Kothe entgegnet darauf, dass die Sozialarbeiter natürlich nicht nur für die Pädagogik, sondern auch für die Ressourcen verantwortlich sind.

Herr Steuber macht deutlich, wie wichtig es ist, in jedem Fall konkret auf die familiäre Situation zu schauen, die einer solchen Situation zugrundeliegen kann.

Durch die Instrumente des Qualitätsmanagements und der Jugendhilfeplanung in Form des Qualitätshandbuches seien die Mitarbeiter in der Lage, den Hilfebedarf exakt zu identifizieren und die Hilfe professionell zu gestalten. Hierbei werde natürlich der Kostenpunkt eindeutig mitberücksichtigt.

Herr Haensel bestätigt, dass es natürlich wichtig ist, neben den Hilfeplanverfahren darauf zu achten, dass nicht nur eine gebotene Qualität sondern auch eine gebotene Wirtschaftlichkeit abgebildet wird.

Dabei zeige sich immer wieder, dass die Notwendigkeit der Entwicklung neuer flexibler passgenauer Hilfeformen gegeben sei.

Herr Haensel wiederholt das Angebot an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, das er schon in der letzten Sitzung gemacht hatte, ein Trägergespräch zu koordinieren, in dem man sich abstimmen könne im Hinblick auf ganz bestimmte Bausteine, die dazugewonnen werden sollten, um zum Einen Kosten zu minimieren und zum Anderen neue Hilfeangebote zu entwickeln.

Desweiteren dankt Herr Haensel dem Kollegen Schurgacz für das Engagement des Schutzelkindertagesheims in den vergangenen Jahren.

Herr Strüwer dankt Herrn Haensel für das gemachte Angebot und geht davon aus, dass die Verwaltung dieses Angebot aufgreift.

Herr Dr. Schmidt weist im Hinblick auf den Wortbeitrag von Herrn Haensel darauf hin, dass eine Arbeitsgemeinschaft existiert, in der diese Themen regelmäßig behandelt werden. Er selbst habe vor 6-8 Wochen einem Kinderheimträgergespräch beigewohnt.



Es bestehe eine Vereinbarung mit den Trägern, dass alle Leistungen, die hier in Hagen angeboten würden, hier auch bedient und nicht nach draußen gegeben würden. Die Verwaltung habe eine Prognose abgegeben, wieviele Fälle in den verschiedenen Sparten zu erwarten seien, um den Trägern die Möglichkeit zu geben, sich auf diese verschiedenen Fallkonstellationen einzustellen.

Herr Strüwer weist abschließend darauf hin, dass es sich bei den Haushaltstellen, über die man gerade gesprochen habe, um ein Finanzvolumen von fast 11 Millionen Euro gehe. Seit 2002 habe es höhere Ausgaben in Höhe von 2 Millionen Euro gegeben. Da steckten natürlich menschliche Schicksale dahinter und es sei besonders wichtig, dass gerade dieser Ausschuss dieses nicht nur unter monetären Gesichtspunkten würdige. Gleichzeitig sei unter den Beteiligten die Bereitschaft vorhanden, auch die wirtschaftlichen Aspekte zu behandeln und für Hagen gute Wege einzuschlagen.

6. **Antrag der CDU-Fraktion - Einrichtung eines Modellkindergartens**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, die Angelegenheit in der heutigen Sitzung zu beraten und den Antrag zur Beratung in den Frauenbeirat zurückzugeben, sofern er dort noch nicht behandelt worden ist.

Herr Reinke erläutert den Antrag der CDU auf Einrichtung eines Modellkindergartens.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Wunsch zu solch einem Kindergarten aus der Öffentlichkeit gekommen sei. Zunächst ginge es um den Auftrag an die Verwaltung, festzustellen ob, und wenn ja, welche Bedarfe vorhanden sei.

Herr Dücker macht den Vorschlag, die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes zusammen mit der in TOP 7 zu beratenden Kindergarten-Bedarfsplanung einfließen zu lassen.

Herr Steuber möchte wissen, ob dieser Modellkindergarten etwas Zusätzliches außerhalb der bestehenden Kindergartenlandschaft sein soll oder ob es in das bestehende Angebot integriert werden soll.

Frau Burghardt vermisst in dem Antrag, dass die Interessen der Kinder nicht ausdrücklich gewürdigt werden. Wenn Eltern morgens um 6 Uhr zur Arbeit



müssten, wäre es eine Härte für die Kinder, entsprechend früh aufzustehen.

Herr Reinke erwidert, dass es sich aus der Antragstellung selbstverständlich ableite, dass die Interessen der Kinder zweifelsohne im Mittelpunkt stehen.

Herr Dücker hält es nicht für sehr sinnvoll, einen einmaligen Modellkindergarten in der Stadt vorzuhalten. Ein entsprechendes Angebot könne in die vorhandene Struktur eingegliedert werden.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass von Bediensteten der Fernuniversität solche Bedarfe angemeldet wurden und Gespräche in diese Richtung stattfanden. Entsprechende Umfragen bezüglich der Betreuung von Kindern zwischen 0,4 bis 3 Jahren wurden auch schon in anderen Städten gemacht mit dem Ergebnis, dass ca. 20 % der Eltern Interesse signalisierten. Er gibt zu bedenken, dass eine Betreuung in diesem Umfang auch höhere Kosten verursachen würde.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, mit den Bediensteten der Fernuniversität nochmals Gespräche aufzunehmen, ob evtl. ein entsprechendes Angebot dort installiert werden könnte.

Aus dem Kreis des Ausschusses wird darauf hingewiesen, dass die Arbeiterwohlfahrt im Ennepe-Ruhr-Kreis ein entsprechendes Konzept erarbeitet hat. Er regt an, Herrn Winter zu bitten, dieses Konzept zur Verfügung zu stellen.

Abschließend fasst Herr Strüwer den Tenor der Beratung insofern zusammen, dass die Verwaltung zunächst die entsprechenden Erueirungen des Bedarfs mit möglichst geringem Aufwand vorzunehmen solle. Eine Rückmeldung beispielsweise bei der SIHK könnte dazu führen, dass diese sich an einer entsprechenden Erueirung beteiligt. Dies könne dann im Rahmen der weiteren Kindergartenbedarfsplanung aufgegriffen werden und solle im Vorfeld erneut im Frauenbeirat beraten werden.

7. **Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Hier: Anpassung an die demographische Entwicklung (55-M12)
Vorlage: 0439/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack freut sich, dem Ausschuss nunmehr die endgültigen Ergebnisse der Regionalforen vorstellen zu können. Man habe sich einvernehmlich einigen können.



Sie erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer weist auf ein Schreiben der Ev.-Luth. Friedens-Kirchengemeinde in Halden hin, in dem diese sich nochmals zu der geplanten Schließung der dritten Gruppe ab dem Kindergartenjahr 2006/2007 äußert.

– Das Schreiben ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt. –

Herr Reinke erinnert daran, dass in der Vergangenheit immer von der Schließung der Tondernstrasse die Rede gewesen. Davon sei in der Vorlage nichts mehr erwähnt.

Die Ergebnisse seien wohl doch nicht so einvernehmlich erzielt worden, wie das Schreiben der Kirchengemeinde deutlich mache. Dort würde gesagt, dass man schon im Regionalforum darauf hingewiesen habe, dass man dort in Halden die dritte Gruppe gern erhalten würde.

Aus der Vorlage ginge jedoch hervor, dass man zukünftig beabsichtige, die dritte Gruppe in der Dümpelstrasse zu schließen.

Herr Reinke möchte wissen, wo die 15-20 Kinder aus der Dümpelstrasse dann bleiben sollen.

Herr Haensele bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für diese umfangreiche gelungene Vorlage. Er meldet jedoch ausdrücklich noch einen Gesprächsbedarf an bezüglich einer Einrichtung in der Trägerschaft des Diakonischen Werkes.

In Teil 3 auf Seite 7 der Vorlage, in dem es um den Bezirk Emil-Schumacher ginge, werde bei der Einrichtung der Diakonie Siemenstr. 14 selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Umwandlung der großen altersgemischten Gruppe in Regelkindergartenplätze ohne Tagesgruppe überführt würden. Dies sei so von niemandem zugesagt worden. Dies würde nicht seiner Auffassung entsprechen. Man habe den „runden Tisch Wehringhausen“, an dem man die Differenzierung der unterschiedlichen Angebotskulturen über Jahre hin miteinander entwickelt habe.

Frau Haack stellt fest, dass Tagesgruppenplätze nicht einfach wie normale Kindergartenplätze umgewandelt werden können. Diese seien ausgenommen. Im Bezirk Regenbogen / Wilhelmstrasse seien im Moment zuwenig Plätze vorhanden. In den nächsten Jahren kämen noch mehr Kinder, so dass aus diesem Grund die Plätze bestehen bleiben müssten. Die großen altersgemischten Plätze müssten noch in Regelkindergartenplätze umgewandelt werden.

Ursprünglich habe die Verwaltung vorgeschlagen, die Tondernstraße zu schließen. Der Gesamtverband habe darauf bestanden, ab 2006 in der Dümpelstrasse eine Gruppe zu schließen. Entsprechend sei dies in dem Vertrag aufgenommen worden. Als Folge war es natürlich nicht möglich, die Tondernstrasse auch noch zu schließen, da sonst zuwenig Plätze in dem Bezirk vorhanden gewesen seien.

Sie weist darauf hin, dass der Verhandlungspartner seinerzeit ein Anderer gewesen sei und es täte ihr leid, dass die Kirchengemeinde dies jetzt anders sehe.



Dr. Schmidt weist darauf hin, dass in beiden Verträgen verankert sei, dass man darüber reden könne, wenn es Änderungsbedarf gebe. Man habe hier eine Flexibilität eingebaut.

Kurzfristig seien natürlich keine Kündigungen rückgängig zu machen.

Er sagte jedoch zu, in jedem Einzelfall, in dem sich Bedarf ergebe, die Gespräche wieder aufgenommen würden.

Herr Steuber teilt mit, Herr Sczukowski habe heute die Auskunft übermitteln lassen, dass der Rechtsnachfolger des Gesamtverbandes der Kirchenkreis werde.

Herr Haense bedauert an dieser Stelle das derzeitige Zuständigkeitsvakuum bei der evangelischen Kirche.

Natürlich gebe es die Frage zu klären, wer denn die Rechtsnachfolge des Gesamtverbandes antreten werde und damit auch ein Verhandlungsmandat bekommen würde. Dies seien zwei unterschiedliche Fragestellungen. Es sei nicht unbedingt sicher, dass der Kirchenkreis der Nachfolger werde.

Herr Reinke greift das Angebot von Dr. Schmidt dankend auf und hofft, dass sich im Rahmen der zu führenden Gespräche dann im Laufe des Jahres noch eine Lösung abzeichnen wird.

Herr Strüwer vertraut in die Verwaltung, dass bei veränderten Bedarfen auch einvernehmlich neue Lösungen entwickeln werden.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen nimmt die Kindergartenbedarfsplanung zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, die mit den Trägern abgestimmten Maßnahmen entsprechend den Vorschlägen dieser Vorlage umzusetzen.
3. Die durch die demografische Entwicklung erzielten Einsparpotentiale sind in das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten und bei der Fortschreibung der Finanzplanung entsprechend zu berücksichtigen. Das bis 2008 jährlich steigende Einsparvolumen wird ab 2008 bei fast 1,2 Mio. € jährlich liegen. Im Planungszeitraum von 2005 bis 2008 wird es durch Schließungen von Kindergärten und Gruppen insgesamt zu Einsparungen von über 2,6 Mio. € kommen. Damit wird das ursprüngliche Konsolidierungsziel für den gesamten Planungszeitraum um über 350.000 € übertroffen.

**Abstimmungsergebnis:**

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: 2

8. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen**
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55 - M 07)
Vorlage: 0342/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steinkamp erläutert die Vorlage. Er weist abschließend darauf hin, dass diese Vorlage im Schulausschuss und im Personalausschuss jeweils in erster Lesung beraten wurde.

Herr Reinke schlägt vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und im Laufe der Zeit eine andere Lösung zu finden.

Frau Klos-Eckermann macht im Namen ihrer Fraktion den Vorschlag, dies analog zum Schulausschuss auch hier als erste Lesung zu betrachten mit dem Ziel, möglicherweise bei der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung die interessierten Kollegen aus dem Schulausschuss zur Sitzung zu bitten, um gemeinsam zu beraten.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass sich die Verwaltung in dieser Vorlage bemüht habe, ehrlich zu sein. Natürlich habe man dadurch einen klaren Qualitätsverlust; ein klares Wegbrechen von eigentlich notwendigen Aufgaben. Darüber sollte man sich klar sein. Es sei eine politische Abwägung, die der Ausschuss treffen müsse.

Herr Strüwer kann verstehen, dass es für Fachpolitiker schwierig ist, mit so einer Vorlage umzugehen, da die Verwaltung in der Vorlage die ganze Zeit begründet, dass die Aufgabe erhalten bleiben müsse und nur in einem Satz erwähne, dass trotzdem gekürzt werden solle.



Er schlägt daher vor, dem Vorschlag der SPD-Fraktion zu folgen und die Vorlage als erste Lesung zu betrachten. Man solle überlegen, ob es Deckungsbeträge an anderer Stelle gebe.

Beschluss:

Eine zweite Lesung erfolgt in der Sitzung nach den Sommerferien.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

9. **Offene Ganztagschule**
1. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen
Vorlage: 0500/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt fand keine Diskussion statt.



Beschluss:

Die 1. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Hagen wird beschlossen, wie sie als Anlage Gegenstand der Sitzungsniederschrift ist.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

10. Geschäftsbericht 2004 für den Fachbereich Jugend und Soziales Vorlage: 0473/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer lobt den vorliegenden Geschäftsbericht, der dem Ausschuss in dieser Form in den letzten Jahren regelmäßig vorgelegt wurde. Er biete einen guten Gesamtüberblick über die Aufgabenstellungen und Entwicklungen in sämtlichen Bereichen der Sozialpolitik und Jugendpolitik der Stadt. Es werde verdeutlicht, was alles in diesem Bereich auch im Zusammenspiel mit den freien Trägern geboten wird. Hagen sei eine familienfreundliche Stadt.

Frau Klos-Eckermann bittet im Hinblick auf die ambulanten Erziehungshilfen auf Seite 44 des Geschäftsberichtes in der nächsten Sitzung um eine ausführlichere Darstellung.

Eine weitere Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.



Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2004 des Fachbereichs Jugend und Soziales zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

11. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe hier: Jahresberichte 2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert daran, dass man es in der Vergangenheit so gehalten hätte, dass sich der Ausschuss von Zeit zu Zeit von den einzelnen Verbänden / Trägern Bericht über deren Arbeitsfelder erstatten ließ auch im Hinblick auf die Perspektiven und Nöte der Betroffenen.

Er hält es für sinnvoll, in gleicher Form zu verfahren. Er greift das Angebot von Herrn Haensel auf und schlägt vor, die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Loxbaum stattfinden zu lassen und dies mit dem Diakonischen Werk zu vereinbaren.

Dann habe man die Möglichkeit, dem Diakonischen Werk Gelegenheit zu geben, seine Arbeit vorzustellen.

Auf die Frage von Herrn Strüwer, ob er damit einverstanden sei, antwortet Herr Haensel, dass es ihm eine besondere Ehre sei und er bedanke sich dafür.

Herr Schledorn hat eine weitere Anregung. Er habe bei Durchsicht des Berichtes festgestellt, dass einige Verbände aus der Frage der Partizipation von Jugendlichen ein Extraprojekt gemacht hätten. Er schlägt vor, dass beispielsweise



die Falken hierzu einen Bericht zum Thema „Partizipation von Jugendlichen“ hielten.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass der Vorschlag gut in das Konzept passe und schlägt vor, das im Protokoll so festzuhalten.
Er stellt den Beschlussvorschlag anschließend zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Jahresberichte 2004 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

12. Verlagerung des Spielplatzes Stennertstraße/Bahnstraße Vorlage: 0523/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer weist darauf hin, dass diese Vorlage irrtümlich als „nichtöffentlich“ gedruckt worden sei. Sie sei jedoch für die Beratung in öffentlicher Sitzung vorgesehen.

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.



Beschluss:

Der Verlagerung des Spielplatzes Stennertstraße/Bahnstraße wird grundsätzlich zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein pädagogisches Konzept zur Einrichtung/Erweiterung von Spielflächen in der Hohenlimburger Innenstadt zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

13. Kinderspielplatz Buschhofstr. Vorlage: 0375/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Heckrodt erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass dieser Spielplatz auf Platz 1 der Prioritätenliste stünde und möchte wissen, wann mit der Fertigstellung zu rechnen sei.

Herr Heckrodt antwortet, dass damit in diesem Jahr zu rechnen sei.

Herr Goldbach macht deutlich, dass dies nur die Hälfte der Priorität 1 sei, die realisiert würde. Man habe gleichzeitig noch den Bolzplatz CVJM mit auf der Liste. Dies sei damit nicht abgedeckt. Seit Entstehen des Kinos an der Springe gebe es in Hagen keinen innerstädtischen Bolzplatz mehr. Dies sei ein Mangel



und es wäre schön, wenn man mit unterschiedlichen Kräften z.B. über Sponsoring das Ziel erreichen könnte, wieder einen Bolzplatz zu realisieren.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Ausbau des Kinderspielplatzes Buschhofstraße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

- 14. Jugendhilfeplanung**
Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld 'Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen'
Vorlage: 0465/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer merkt zunächst an, dass es immer guter Brauch des Jugendhilfeausschusses sei, die Übertragung dieses Berichtes zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit" zur Beratung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu geben.

Er geht vom Einverständnis der Ausschussmitglieder aus, um dann auch in der gebührenden Intensität diesen wichtigen Bericht zu besprechen und dann anschließend entsprechende Beschlussvorschläge in den Jugendhilfeausschuss zu bringen.



Die Ausschussmitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung werden im Folgenden neu benannt:

- Herr Strüwer als Vorsitzender
- Herr Reinke für die CDU-Fraktion
- Herr Schledorn für die SPD
- Frau Köppen für Bündnis90/Die Grünen
- Herr Decker für BfH
-für FDP
- Herr Haensel für die freien Träger
- Herr Finkensiep für die freien Träger
- Herr Fischer für den Jugendring
- für den Jugendrat

Die Mitglieder für die FDP und den Jugendrat stehen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Die Unterausschusssitzung Jugendhilfeplanung findet statt am 05.09.2005 im Kultopia um 15.00 Uhr.

Beschluss:

Der Ausschuss verweist die Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld „ Offene Kinder- und Jugendarbeit“ in Hagen zunächst zur Beratung in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____



15. Umsetzung Bildungsvereinbarung - Mündlicher Bericht -

Herr Leicht erläutert die Bildungsdokumentation nach dem Leuener Modell, wie sie in den Kindergärten durchgeführt wird.

- Die Dokumentation ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt. –

16. Konzept der Jugendhilfe Selbecke gGmbH (BSH) - Mündlicher Bericht -

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt eine Besonderheit gibt. Bis zum Tagesordnungspunkt 15 wohnte Frau Köppen als Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen der Sitzung bei. Bei diesem Tagesordnungspunkt wird sie zusammen mit Herrn Bach den BSH vertreten.

Herr Bach und Frau Köppen erläutern das Konzept der Jugendhilfe Selbecke gGmbH.

Flexible Hilfen werden entsprechend des Bedarfes des Jugendamtes passgenau entwickelt. Regelplätze werden abgebaut, um ambulante Hilfen anbieten zu können.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, sich zu fragen, welche Kinder man nach draußen abgibt, weil man kein adäquates Angebot für sie hat. Ziel ist es nun, ein Angebot zu konzipieren für die besonders schwierigen Kinder und Jugendlichen.

Das Projekt hat den Arbeitstitel „Obernehmer“. Man fand ein altes Gebäude gegenüber dem Hagener Recycling Dienst (HRD / Werkhof), das völlig heruntergekommen ist. Man steht in Verhandlungen mit dem Werkhof, der das Gebäude entsprechend herrichten soll.

Diese Maßnahme wird wie alle anderen auch mit dem Fachbereich abgesprochen.

Es handelt sich um ein Intensivgruppenangebot, das für 10-14 Jugendliche konzipiert ist.

Herr Strüwer bedankt sich im Namen des Jugendhilfeausschusses für den Vortrag.



17. **Gesundheitsbericht der Hagener Gesundheitskonferenz 2003/2004:
Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger
Kinder und Jugendlicher in Hagen
Vorlage: 0456/2005**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Matzke teilt mit, dass die Hagener Gesundheitskonferenz zum Thema „Lebenssituationen von verhaltensauffälligen Kindern und Familien“ eine Arbeitsgruppe eingesetzt habe.

Er stellt zunächst Frau Brück-Paschko als Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, Frau Opitz-Hildebrand als Schulrätin und Herr Steinkamp als Leiter des Pädagogischen Zentrums vor, die dieser Arbeitsgruppe angehören.

Er weist darauf hin, dass auf den letzten drei Seiten der Vorlage die Maßnahmen komprimiert dargestellt sind.

Im Folgenden erläutern Herr Matzke und Frau Brück-Paschko die Maßnahmen näher.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Kompetenzliste von Erstkontaktstellen fertiggestellt wurde und nunmehr zur Verfügung steht.

– Die Liste ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt. –

Beim Thema „Gewalt gegen Kinder“ leitet Herr Matzke den Wunsch der Arbeitsgruppe an den Ausschuss weiter, der im Einvernehmen mit dem freien Arbeitskreis von Frau Borchmann zu dem Bereich „ Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Kindesmißhandlung“ speziell für Fachleute, die in diesem Arbeitskreis zusammenwirken, eine politische Plattform zu finden. Die Arbeitsgruppe schlug vor, hierzu einen Unterausschuss zu bilden.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass sich Jugendhilfeunterausschüsse nur aus den Reihen der Jugendhilfeausschussmitglieder bilden.

Es sei jedoch möglich, regelmäßig jemanden in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, um zu bestimmten Themen die Beratung vorzunehmen.

Er schlägt vor, Frau Borchmann oder auch andere Fachleute in regelmäßigen Abständen in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, um hier eine Rückkopplung zu haben.

Herr Feldhaus bedankt sich für die gute Ausarbeitung der Thematik. Im Rahmen der Erfassung der Problemfälle würde ja auch auf die bestehenden Kindertagesstätten in Hagen zugegriffen, die ja im Wesentlichen neben den städtischen Betreibern auch durch die freie Wohlfahrtspflege betrieben werden.



Herrn Reinke ist es wichtig, dass die Ergebnisse, die aus den Auswertungen gezogen werden, auch dann zurückfließen in die Angebote, die die Wohlfahrtsverbände anbieten über Frühförderstelle, Wohngruppen und dergleichen; Es solle nicht letztendlich ein städtisches Angebot aufgebaut werden, das auch durch andere Anbieter mit abgedeckt werden kann.

Frau Brück-Paschko kann die Befürchtungen ausräumen. Dies sei auch so nicht geplant. Es werde eine Auswertung gemacht. Eltern und Kinder, die einen Beratungsbedarf hätten, würden zunächst in die bestehenden Einrichtungen geschickt.

Das einzige Angebot, was als Interventionsphase hinzukomme, sei eine Therapiemaßnahme der Kinder- und Jugendpsychiatrie Herdecke. Dieses Angebot wird als Pilotprojekt in einer bzw. zwei Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Ansonsten stand von vorneherein fest, dass keine neuen Therapieeinrichtungen aufgebaut werden, sondern das genutzt wird, was an Angeboten da ist.

Herr Schledorn möchte wissen, auf welchem Stand die Verhandlungen dahingehend sind, wann das Sozialpädiatrische Zentrum in Hagen eingerichtet werden soll.

Herr Matzke erwidert, es habe eine rechtliche Auseinandersetzung gegeben mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese muss eine entsprechende Ermächtigung aussprechen. Die Sätze wären dann noch mit den Kassen zu verhandeln. Die Ermächtigung wurde inzwischen ausgesprochen. Zur Zeit sei das AKH bestrebt, durch entsprechende Umbaumaßnahmen und personelle Planungen diese Sozialpädiatrische Zentrum in Fluss zu bringen und ans Netz zu schließen.

Herr Koslowski stellt als Vertreter der Polizei die Frage, wann man mit therapeutischen Konzepten arbeiten wolle und wie man mit Sachverhalten umgehen wolle, wenn Kinder sexuell mißbraucht worden seien.

Herr Matzke erwidert darauf, dass dies häufig eine Gradwanderung sei. Frau Buss von der Polizei arbeite auch in dem Arbeitskreis von Frau Borchmann zur sexuellen Gewalt gegen Kinder zusammen mit der Staatsanwaltschaft und verschiedenen Anwälten. Es handele sich in diesen Fällen natürlich um ein Offizialdelikt. In der Gruppe würden die verschiedenen Fallkonstellationen durchgespielt und Lösungsansätze gesucht.

Frau Brück-Paschko weist darauf hin, dass in diesen Fällen immer eine ganz sensible Diagnostik am Anfang stehe. Diese könne eigentlich auch nur interdisziplinär laufen.

Ein Großteil mache auch die Erfahrung aus.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen nimmt den Gesundheitsbericht "Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher in Hagen", bestehend aus - Teil 1 - aus dem Jahr 2003 (**Anlage 1**) und die dazugehörigen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen - Teil 2 - aus dem Jahr 2004 (**Anlage 2**) zustimmend zur Kenntnis.

Vorgesehene Handlungsempfehlungen und Maßnahmen, deren Umsetzung nicht der Stadt Hagen obliegt, empfiehlt der Rat der Stadt den beteiligten Institutionen und Einrichtungen im Rahmen der Selbstverpflichtung durchzuführen.

Vorgesehene Handlungsempfehlungen und Maßnahmen, deren Umsetzung der Stadt Hagen obliegt, werden im Rahmen der laufenden Verwaltungsgeschäfte ausgeführt.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

18. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Herr Reinke fragt, wann der Umzug des Kinder- und Jugendbüros geplant ist und ob es personelle Veränderungen gibt.

Herr Goldbach teilt mit, dass der Umzug am 23. Juni stattfinden soll, weil das Gebäude Potthofstrasse am 01. Juli an den Kinderschutzbund übergeben wird.

Es gab eine interne Veränderung. Eine der beiden Stelleninhaberinnen, Frau Holtemeyer-Stampoulis, sei intern auf eine andere Stelle umgesetzt worden. Die Wiederbesetzung sei personalwirtschaftlich noch nicht gelöst.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.30 Uhr

C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Frau Burg-Ahrendt, Claudia	Jugendring
Frau Burghardt, Christa	Kinderschutzbund
Herr Feldhaus, Uwe	
Herr Finkensiep, Michael	
Herr Gebauer, Michael	Caritas
Herr Haensel, Thomas	Diak. Werk
Herr Halfter, Michael	Landgericht
Frau Hirsch, Marina	
Herr Kothe, Eckardt	
Frau Lebuser, Christiane	
Frau Opitz-Hildebrand, Gisela	Schulaufsicht
Herr Schmidt, Stefan	
Herr Beigeordneter Dr. Schmidt, Christian	Stadt Hagen
Frau Schulz, Ingrid	Tagesmütterwerk
Herr Schurgacz, Johannes	Kath. Kirche
Herr Steuber, Gerd	Fachbereich Jugend & Soziales Stadt Hagen
Herr Traut, Frederik	
Herr Zorembky, Joachim	Polizeipräsidium Hagen
Frau Klos-Eckermann, Sybille	SPD
Herr Schledorn, Jörg	SPD
Frau Kurte, Hildegard	CDU
Herr Reinke, Detlef	CDU
Herr Strüwer, Wilhelm	CDU
Frau Köppen, Karin	GRÜNE
Herr Dücker, Viktor	FDP

Gez. Strüwer

Vorsitzende/r

Sabine Krause
Schriftführer/in

Richtigstellung: Herr Pfarrer Sczukowski war in der Sitzung des JHA vom 17.05.2005 anwesend. Dies wurde versehentlich nicht im Protokoll vermerkt.